

Bonn 2014 bis 2020...



DAS PROGRAMM DER SPD BONN

BONN
SPD

...gemeinsam für Bonn!

Bonn 2014 bis 2020...

**DAS PROGRAMM
DER SPD BONN**



...gemeinsam für Bonn!



Bonn 2014 bis 2020...

- 4** ...gemeinsam für Bonn!
- 6** ... für Bonn entscheiden!
- 9** Stadtplanung und Wohnen
- 16** Soziales und Integration
- 21** Betreuung und Bildung
- 27** Wirtschaft und Arbeit
- 31** Kultur und Beethoven
- 36** Umwelt und Mobilität
- 42** Wissenschaft und Forschung
- 44** Gesundheit und Inklusion
- 47** Sport
- 50** Jugendbeteiligung
- 52** Engagement und Ehrenamt
- 54** Haushalt sanieren

Bonn 2014 bis 2020 ...

Nichts ist so konstant wie der Wandel: Bonn hat sich seit jeher stetig verändert, und verändert sich noch weiter. Neu ist: Bürgerinnen und Bürger übernehmen immer häufiger die Initiative. In unserer Stadt blüht das freiwillige Engagement, Bonn lebt von der Beteiligung an der Gestaltung des Gemeinwesens. Dieses Engagement und diese Beteiligung machen deutlich: Stadt – das sind wir alle zusammen. Und dieser Trend verändert auch die Kommunalpolitik – und zwar zum Guten.

...gemeinsam für Bonn!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen uns dadurch bestärkt in unserer Arbeitsweise: Verwurzelt in den verschiedensten Vereinen, Verbänden und Organisationen – vom Karnevalsverein bis zur Arbeiterwohlfahrt, von den Opernfreunden bis zum Fußballclub – sehen wir uns als Sachwalter der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Geleitet von unseren Grundprinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und zugleich gemeinsam mit vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern sind wir engagiert für unsere Stadt und die Leute vor Ort.

Wir müssen aber auch feststellen: Bonn ist in den vergangenen fünf Jahren nicht vorangekommen. Das bürgerschaftliche Engagement wurde nicht in dem Maße gefördert und genutzt, die Bürgerinnen und Bürger wurden nicht so umfassend in kommunalpolitische Entscheidungen einbezogen, wie es für unsere Stadt möglich und förderlich gewesen wäre. Zentrale politische Probleme in dieser Stadt sind nach wie vor ungelöst und zum Teil nicht einmal angepackt worden.

Wir sind davon überzeugt, dass hier ein unmittelbarer Zusammenhang besteht: Es ist die Abschottung der politischen Entscheidungsfindung von CDU und Grünen in Bonn, die politische Rechthaberei dieser beiden Fraktionen, die Bonn bremsen und ein Fortkommen verhindern.

Wir wollen den Stillstand beenden, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, gemeinsam mit Ihnen. Denn wir alle gemeinsam sind die Stadt!

... gemeinsam für Bonn.

Bonn ist eine lebenswerte, starke und internationale Stadt im Herzen Europas. Viele Probleme, die andere deutsche Städte belasten, hat Bonn als modernes Dienstleistungszentrum nicht. Aber die Stadt stößt in ihrer Entwicklung an Grenzen: Sowohl im Hinblick auf den Erhalt und Ausbau städtischer Infrastruktur als auch auf die städtischen Finanzen. Daher ist es notwendig, für die künftige Stadtentwicklung Bescheidenheit zu pflegen, Prioritäten zu setzen und den städtischen Haushalt zu konsolidieren.

Wir wollen, dass die Bonner Bürgerinnen und Bürger stärker an solchen Entscheidungen beteiligt werden und die Möglichkeit erhalten, ihre Belange in Eigenverantwortung zu regeln. Wir streben daher die Stärkung von Vereinen und Initiativen und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements an.

Alle Bonnerinnen und Bonner müssen sich unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder sexueller Identität in ihrer Stadt frei entfalten können. Dazu gehören für uns vor allem bezahlbarer Wohnraum und gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Förderung von Integration und Inklusion sind zentrale Herausforderungen für die Stadt- und Sozialpolitik der kommenden Jahre.

Niemand darf zurückgelassen werden!

Wir wollen uns um die frühkindliche Bildung genauso kümmern wie um Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut. Die Förderung von Aus- und Weiterbildung soll möglichst allen Bevölkerungsgruppen die aktive Teilhabe am

...für Bonn entscheiden!

gesellschaftlichen und kulturellen Leben unserer Stadt ermöglichen. Unser Ziel ist eine vorbeugende Sozialpolitik, die Menschen fördert und unterstützt, bevor soziale Notlagen entstehen. Eine solche präventive Sozialpolitik fördert den Zusammenhalt und entlastet den städtischen Haushalt. Denn Vorbeugen ist besser als Nachsorgen.

Die Bonner SPD stellt seit 1994 das Stadtoberhaupt und hat seither die Entwicklung der Stadt in wesentlichen Punkten vorgebracht. Seit dem Umzug von Regierung und Parlament haben wir als Bundesstadt den Ausbau Bonns als Zentrum der Wissenschaft und die Ansiedelung von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit und der Vereinten Nationen aktiv gefördert. Die Bundesstadt hat als Standort wichtiger Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich und der Telekommunikation an Bedeutung gewonnen.

Wir unterstützen den weiteren Ausbau Bonns als Konferenzzentrum und Stadt des Sports und auch als Stadt der Kultur, die das Erbe Beethovens – dem weltweit bekanntesten Bürger unserer Stadt – angemessen würdigt. Der 250. Geburtstag von Beethoven im Jahr 2020 ist eine Chance für Bonn, die wir nutzen wollen. Wir werden daher Bonn als Beethovenstadt weiter ausbauen. Wir werden die Infrastruktur der Stadt erhalten und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten fortentwickeln. Wir setzen dabei auf die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren und auf unsere Partner in Bund und Land. Mit wirksamen Klima-, Umwelt- und Naturschutzinitiativen wollen wir dazu beitragen, dass Bonn lebenswert und attraktiv bleibt.

Bonn 2014 bis 2020...

Wir werden uns wie in der Vergangenheit dafür einsetzen, dass das Berlin/Bonn-Gesetz erhalten bleibt und Bonn als deutscher Sitz der Vereinten Nationen weiter ausgebaut wird. Die Nähe zum Sitz der EU in Brüssel ist dabei ein wichtiger Vorteil.

Wem unsere Stadt mit den Menschen, die hier leben, arbeiten oder arbeiten wollen, am Herzen liegt, der muss politisch dafür eintreten, dass sich die finanzielle Situation der Städte in Deutschland grundlegend verbessert. Viele der Aufgaben, die wir für dringend notwendig halten, damit Bonn weiter attraktiv bleibt und noch attraktiver wird für seine Bürgerinnen und Bürger, für kleine und für große Unternehmen, können nur verwirklicht werden, wenn in den kommenden Jahren durchgesetzt wird, dass Bund und Länder den Städten mehr Geld zur Verfügung stellen. Aus eigener Kraft aber können und werden wir schon jetzt dafür sorgen, dass in Bildung, Betreuung und Erziehung, in soziale Aufgaben einschließlich des Baus bezahlbarer Wohnungen in den kommenden Jahren nicht weniger, sondern mehr investiert wird.

Bonn ist ein attraktiver Ort zum Wohnen und Leben. Für die Bonner City gilt: die planvolle Innenstadtentwicklung mit dem „Masterplan Innere Stadt“ muss weiter umgesetzt werden. Dazu gehört auch die Stärkung des Wohnens in der Innenstadt. Aber auch die Stadtbezirke und Ortsteilzentren müssen gepflegt und gestärkt werden.

Bonner City

Wir werden dafür sorgen, dass die Umsetzung des Masterplans mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Unser besonderes Augenmerk liegt bereits seit vielen Jahren auf der engeren Anbindung der nördlichen Innenstadt an die City. Der Bereich zwischen Beethovenhalle und Gericht hat enormes städtebauliches Potenzial, das im Rahmen der Umsetzung des Masterplans genutzt werden muss. Das sanierungsbedürftige Stadthaus ist aus unserer Sicht das größte innerstädtische Projekt der kommenden Jahre. Hier muss ordentlich vorbereitet und geplant werden. Die bisherigen Schätzungen der Sanierungskosten der Türme und des Umfeldes belaufen sich mittlerweile auf 200 Millionen Euro. Bei diesen hohen Investitionssummen ist es absolut notwendig, ein externes Gutachten in Auftrag zu geben, um zu prüfen, was günstiger ist: Abriss und Neubau oder Sanierung der Türme. Schnellschüsse ohne vorherige Prüfung, wie die von CDU und Grünen bereits beschlossene Grundsanie rung, ohne zu wissen, wie teuer dies werden könnte, werden ein Millionengrab verursachen. Einen möglichen Neubau des Stadthauses wollen wir am bisherigen zentralen Standort errichten.

Wir werden private Planungen und Bauvorhaben wie etwa im Bonner Westen durch NEW West und West Side besser als bisher unterstützen und fördern.

Die Stadtbezirke

Die Stadtbezirkszentren in Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg werden durch die Fortentwicklung des Zentrenkonzepts gepflegt. Insbesondere gegenüber der Konkurrenz umliegender Kommunen müssen wir sie stark machen.

Die Vielfalt der Bezirkszentren soll ihre Fortsetzung in den Stadtteilen finden. Die Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Handel, Kultur, Freizeit und Erholung macht sie für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiv. Kurze Wege sind auch ein Beitrag zum Klimaschutz, weil sie das Verkehrsaufkommen reduzieren.

Auch in Bonn gibt es Stadtteile, die besonderer Unterstützung bedürfen. Für den Ausbau und die Weiterentwicklung haben sich integrierte Handlungskonzepte bewährt, mit denen die Sanierung und Stärkung gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt werden kann. Hier hat Bonn vorbildliche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung geschaffen. Dies wollen wir fortsetzen.

Attraktive Stadtteile leben vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Nachbarschaften und Initiativen. Diese fördern wir weiterhin. Vorbildliches ehrenamtliches Engagement wollen wir mit einem Bürgerfonds finanziell unterstützen.

Gutes Wohnen

Gutes Wohnen gehört zu den Grundvoraussetzungen für gutes Leben in unserer Stadt. Wir werden daher aktive Wohnungsbaupolitik in Bonn konsequent weiter fördern. Dazu muss die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Vebowag durch eine Eigenkapitalaufstockung gestärkt und zu einem handlungsfähigen Instrument der sozialen Wohnraumentwicklung aufgebaut werden.

Wir fordern die Erschließung weiterer Flächen für den Bau öffentlich geförderter Wohnungen. Dies gilt insbesondere für ehemals militärisch genutzte Flächen wie die Gallwitz- und die Ermekeilkaserne. Hier kann neuer und bezahlbarer Wohnraum gerade für junge Familien, Studierende und ältere Menschen entstehen. Die Zahl städtischer Belegungsrechte muss dauerhaft bei mehr als 10.000 Wohneinheiten liegen, um möglichst vielen Familien mit geringem Einkommen eine erschwingliche Wohnung anbieten zu können. Dies kann nur gelingen, wenn bei jeder Flächenentwicklung mindestens 30 % mit öffentlich geförderten Wohnungen vorgesehen wird. Auch so bekämpfen wir einseitige Wohnstrukturen und Mietpreisexplosion, verhindern „abgehängte“ Stadtteile und fördern lebendige Quartiere. Eine ausgewogene soziale Mischung in den Wohnvierteln ist dabei ein zentrales Anliegen für uns.

Wir werden die Wohnraumentwicklung in Bonn zur Chefsache machen und fordern, dass eine dezernatsübergreifende Wohnungsbaukoordination direkt beim Oberbürgermeis-

ter angesiedelt wird. Die Wohnungsbaukoordination soll die Entwicklung von Wohnungsbaumaßnahmen beschleunigen und in der Öffentlichkeit für mehr Wohnungsbau, insbesondere für mehr öffentlich geförderte Wohnungen werben.

Mehr Wohnraum soll auch durch Umbau bestehender Wohnungen und durch Zwischennutzung geschaffen werden, indem Gebäude, die befristet leer stehen, zur Zwischenvermietung angeboten werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Stiftung oder ein Fonds für Wohnungsbau gebildet wird. Der PKW-Stellplatzschlüssel für öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie für Investitionen, die durch Nachverdichtung oder Dachgeschossausbau kurz-



fristig neuen Wohnraum schaffen, soll gelockert werden.

Beim Verkauf von Grundstücken soll öffentlich geförderter Wohnungsbau begünstigt werden. Darüber hinaus sollen

gezielt Flächen für Wohnungsbau von der Stadt angekauft werden. Auch das Bauen in zweiter Reihe muss in allen Stadtbezirken geprüft werden. Baugemeinschaften und Genossenschaften sollen gefördert und durch eine entsprechende Stelle in der Verwaltung unterstützt werden. Bei

der Planung von Stadtteilen und der Erstellung neuer Wohnkonzepte muss auch in Zukunft auf die besonderen Belange von Frauen, Familien und älteren Menschen in unserer Stadt Wert gelegt werden.

Neubaugelände müssen unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen von Energieeffizienz und Klimaschutz ausgewiesen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass geeignete Flächen im Eigentum der Stadt Interessierten für den Anbau von Gärten und kleinen Feldern angeboten werden.

Bei der Bauleitplanung wollen wir die Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen. Neben dem gesetzlichen Verfahren streben wir insbesondere bei besonders wichtigen Bauvorhaben noch mehr Transparenz und bessere Beteiligungsmöglichkeiten an (bspw. bessere Information, Moderation und Planungsworkshops).

Wir begrüßen die Zweckentfremdungssatzung in Bonn. Wir wollen die Möglichkeiten der Satzung nutzen, um Leerstand, Vernachlässigung und Verwahrlosung von Wohnungen zu bekämpfen. Dabei stehen die großen Wohnungsbaugesellschaften im Zentrum unserer Beobachtung. Wir wenden uns gleichzeitig gegen die Verdrängung einkommensschwacher Bewohnerinnen und Bewohner aus zentralen Wohnlagen. Bei allen Baumaßnahmen müssen die Anwohnerinnen und Anwohner weiterhin einbezogen und befragt werden. Ihre Sorgen müssen aufgegriffen und durch Information und Transparenz des Prozesses beantwortet werden.

Von mehr öffentlich gefördertem Wohnraum profitieren nicht nur Haushalte mit geringen Einkommen. Auch Menschen mit altersbedingten Einschränkungen oder Behinderungen sind häufig auf solchen günstigen, barrierefrei errichteten oder umgebauten Wohnraum angewiesen, auf den die Stadt mit Belegungsrecht zugreifen kann. Darüber hinaus wollen wir diese Menschen durch eine leistungsfähige Wohnraumberatung, die verstärkte Förderung von Wohngemeinschaften oder auch Pflegewohngruppen und Mehrgenerationenhäusern bei der Suche nach ihrer persönlichen Wohnform unterstützen.

Angemessenen Wohnraum werden wir den Seniorinnen und Senioren, die nicht in ihren Wohnungen bleiben können oder wollen, in kommunalen Seniorenheimen auch weiterhin im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen. Diese müssen natürlich saniert werden.

Für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fordern wir, dass ihr eigenes Wohnumfeld ihren Bedürfnissen angepasst wird und die Stadt sie aktiv unterstützt. Kleinere Umbaumaßnahmen können dazu beitragen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer eigenen Wohnung leben können.

Zum guten Wohnen gehört auch eine attraktive Gestaltung des öffentlichen Raums. Das Wohnumfeld muss ebenso verbessert werden wie die Wohnungsbestände selbst. Inklusion muss auch hier mitgedacht werden: Barrierearmut muss überall gewährleistet sein.

Obdachlosen werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten helfen. Obdachlos Gewordene müssen wieder zurückgeführt werden in normale Wohnverhältnisse. Hierzu sind die notwendigen Betreuungseinrichtungen zu unterstützen, damit mindestens die bisherigen finanziellen Mittel weiter zur Verfügung stehen.

Von Wohnungsprivatisierung betroffene Mieterinnen und Mieter unterstützen wir durch Beratung und Hilfe. Ein Instrument dafür ist die wöchentliche Mieter- und Sozialberatung der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, die seit über 40 Jahren jeden Donnerstag im Alten Rathaus stattfindet.

Besonderes Augenmerk richtet die SPD auf die Hilfebedürftigen in unserer Gesellschaft.

Wir werden den Bonn-Ausweis als wichtiges Instrument der Teilhabe sozial Benachteiligter ohne weitere Leistungskürzungen erhalten. Wir werden ihn zudem daraufhin überprüfen, ob er gegebenenfalls an gewandelte Lebensumstände angepasst und optimiert werden kann.

Wir werden über die Stadtwerke Bonn (SWB) beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) darauf hinwirken, dass das Ticketangebot für Auszubildende und Jugendliche an Berufs- und Weiterbildungskollegs deutlich verbessert wird.

Quartiersmanagement

Unter Quartiersmanagement verstehen wir die Suche nach kleinen und größeren Problemlösungen vor Ort in den Wohnquartieren: pragmatisch und unbürokratisch. Quartiersmanagement leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden und der Lebensqualität im Viertel. Das Quartiersmanagement soll als Plattform für Bürgerengagement mit möglichst vielen Freiheiten ausgebaut werden. Ein eigenes „Quartiersbudget“ soll Grundlage und organisatorischen Rahmen für Bürgerengagement bieten. Anwohnerinnen und Anwohner sollen als Entscheider und die Stadt als Unterstützerin oder Koordinierung auftreten. Unter Einbeziehung bereits im Quartier engagierter Personen und Organisationen soll ein Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über formalisierte Beteiligungsstrukturen hinaus entstehen.

Soziales und Integration

Wir werden daher ein Koordinierungsbüro für die Quartiersmanagements bei der Stadtverwaltung einrichten. Dieses soll auch eine Strategie und Vorschläge erarbeiten, wie man vor Ort in den Wohnquartieren angemessen auf den demografischen Wandel reagiert und Bonn zur generationengerechten Stadt entwickelt. Dazu gehört beispielsweise ein lebendiges Leben im Stadtteil ebenso wie Mobilität sowie Wohn- und Aufenthaltsqualität für alle Generationen.

Generationenübergreifende Treffpunkte werden wir ausbauen, insbesondere in den Quartieren, in denen die Menschen sonst kaum Angebote haben, sich zu treffen. Wir laden auch die zahlreichen Ortsausschüsse der Stadt ein, sich an der Suche nach Antworten auf



veränderte Anforderungen in Stadtquartieren und Ortsteilen zu beteiligen. Maßnahmen wie die „Soziale Stadt Neu-Tannenbusch“ werden wir auch in anderen Stadtteilen einrichten und fördern.

Mit der Alterung unserer Gesellschaft nehmen in der Bevölkerung körperliche und geistige Einschränkungen zu. Meistens erfolgt die Betreuung und Versorgung durch die Angehörigen. Diese teilweise zu entlasten, ist unser Ziel. Hier muss die Möglichkeit regelmäßiger stunden- oder tage-

weiser Obhut mit qualifizierter Fürsorge und Pflege in öffentlichen Räumen, wie z.B. in vormittags nicht genutzten Jugendzentren, ermöglicht und damit für die betreuenden Angehörigen Entlastung angeboten werden. Damit könnte häufig eine Heimunterbringung vermieden werden. Entsprechende Planungen wollen wir mit den Trägern sozialer Einrichtungen initiieren.

Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose

Viele Erwerbslose sind nicht nur von Armut, sondern häufig auch von Perspektivlosigkeit betroffen. Bonn als dienstleistungsorientierte Stadt mit einem hohen Anteil hochqualifizierter Arbeitsplätze verzeichnet leider auch einen großen Anteil „verfestigter“ Langzeitarbeitslosigkeit. Um diesen Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir den kommunalen Einfluss auf das Jobcenter dazu nutzen, Arbeitsangebote für Langzeitarbeitslose zu erhalten und auszubauen. Als kommunale Vertreter in der Trägerversammlung des Jobcenters fordern wir daher die konsequente Beteiligung an Ausschreibungen des Landes und des Bundes für Projekte zur öffentlich geförderten Beschäftigung und unterstützen die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften. Den notwendigen Wandel des Jobcenters zu einem Dienstleister für Arbeitslose fördern wir nachdrücklich. Wir wollen im Jobcenter darauf hinwirken, dass Sanktionen gegenüber Empfängern von ALG II und Zwangsumzüge zur absoluten Ausnahme werden. Termine sollen nicht vorgeschrieben sondern durch Vereinbarungen zustande kommen.

Integration statt Abschiebung

Bonn ist als internationale und UN-Stadt attraktiv für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Rund 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten bei den zahlreichen UN-Einrichtungen, zahlreiche weitere in großen und kleinen Unternehmen in unserer Stadt.

Doch nicht alle, die aus der ganzen Welt zu uns kommen, sind hochqualifizierte Arbeitskräfte. Diejenigen, die völlig mittellos als Flüchtlinge Bonn erreichen, empfangen wir ebenso mit offenen Armen. Wir werden eine ausreichende Zahl angemessener Unterkünfte bereitstellen, ihre ausländerbehördlichen Verpflichtungen stärker mit Beratungsangeboten von Integrationsdiensten verknüpfen und sie in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Denn die wahre Willkommenskultur in unserer Stadt erweist sich vor allem darin, wie wir mit den Schwächsten umgehen, die zu uns kommen. Dies gilt gleichermaßen für diejenigen, die schon länger bei uns leben, die Bonn längst als Heimat betrachten und die mit dazu beitragen und beigetragen haben, Bonn zur erfolgreichen und lebenswerten Stadt zu machen.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die kommunale Ausländerbehörde ihren Entscheidungsspielraum zu Gunsten integrationsbereiter Flüchtlinge für humanitäre Entscheidungen ausschöpft.

Der Grundsatz in der kommunalen Asylpolitik muss lauten: Integration statt Abschiebung.

Wir werden die Stabsstelle Integration der Stadt Bonn stärken und personell so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen kann. Wir begrüßen dabei die Unterstützung des Landes beim Aufbau eines Kommunalen Integrationszentrums und werden bei der Entwicklung und Umsetzung des Integrationskonzepts konstruktiv mitarbeiten. Durch die umgesetzte Zusammenlegung von Kommunal- und Integrationsratswahl erwarten wir eine verbesserte Wahlbeteiligung, eine stärkere politische Legitimation und ein hohes Verantwortungsbewusstsein des neuen Integrationsrats. Diese Entwicklung wollen wir fördern und treten dafür mit einer eigenen SPD-Liste zur Integrationsratswahl an.

In den Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten erkennen wir wichtige Träger der Integration und werden daher die institutionelle Förderung für die verlässlichen und gute Arbeit leistenden Ansprechpartner unter diesen Institutionen ausweiten. Dies schafft Planungssicherheit für diese Organisationen, fördert ihre Verantwortung und sichert und schafft neue, vielfältige Integrationsangebote.

Wir sichern der Stabsstelle Integration darüber hinaus unsere Unterstützung beim Umgang mit denjenigen zu, die sich nicht integrieren wollen und in Extremismus abzuweichen drohen oder bereits abgedriftet sind. Die Mittel für Präventionsarbeit sind daher unvermindert beizubehalten, außerdem werden wir uns auf allen Ebenen für die Einrichtung eines Aussteigerprogramms stark machen.

Betreuung und Bildung

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jeder und jedem ermöglicht wird, sich in das alltägliche Leben und Lernen einzubringen. Wir arbeiten für die inklusive und soziale Gesellschaft, die eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, eine umfassende Bildung, Betreuung und Förderung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien voraussetzt. Insbesondere wollen wir der Armut bei Kindern entschieden entgegenzutreten. Wir werden alles dafür tun, dass Bonner Kinder und Jugendliche in unseren Schulen optimal auf ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg vorbereitet werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollten den individuell bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Dabei setzen wir auf bezahlbare und flächendeckende Ganztagsbetreuung. Dies dient nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch der Förderung der Kinder und Jugendlichen.

Kindertagesstätten (KiTa)

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder eine KiTa besuchen können, um gleiche Startchancen beim Eintritt ins Schulleben zu haben. Dazu setzen wir auf folgende Maßnahmen:

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz für Kinder über und unter drei Jahren zu erfüllen. Dabei darf der Ausbau nicht auf Kosten der Qualität gehen. Die Landesregierung stellt zusätzliche Mittel für Kitas mit besonderem Förderbedarf zur Verfügung. Diese Mittel müssen auch für Bonn genutzt werden.

Bonn 2014 bis 2020...

Der Neu- und Erweiterungsbau weiterer KiTas muss trotz angespannter Haushaltslage vorangetrieben werden. Hierbei wollen wir qualitativ hochwertige aber kostengünstigere Bauweisen einsetzen



Ob 35 oder 45 Stunden in der Woche: Wir setzen auf die flächen-deckende Einfüh-rung von KiTa-Blockplätzen ohne Betreuungspause in der Mittagszeit.

Die Kindertagespflege muss gerecht bezahlt werden. Wir setzen uns kurzfristig für eine Erhöhung von 5 Euro pro Kind pro Stunde ein, verbunden mit einer inflationsabhängigen automatischen Erhöhung der Bezahlung.

Alle Kinder mit Behinderungen sollen gleichberechtigt Zugang zu einem integrativen und hochwertigen KiTa-Platz und Schulunterricht haben. Die Anzahl der integrativen Plätze in barrierefreien Einrichtungen muss erhöht, der Stellenwert der Sprachförderung kontinuierlich ausgebaut werden.

An allen städtischen KiTas müssen eigene Hauswirtschaftskräfte zum Einsatz kommen. Erzieherinnen und Erzieher müssen speziell für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren weitergebildet werden.

Die Ausstattung der KiTas insbesondere im U3-Bereich ist sowohl für die Innen- als auch für die Außenbereiche der Einrichtungen auszubauen. Um krankheitsbedingte Schließungen und Notgruppen zu vermeiden, muss die Stadt als Trägerin dringend ihren SpringerInnen-Pool ausbauen. Auch die Aufnahme von Kindern in anderen städtischen Einrichtungen ist zu prüfen, um krankheits- und ferienbedingte Schließungen zu überbrücken und zu vermeiden.

Schulen

An Bonner Schulen sollen Kindern aus Familien mit geringem Einkommen alle Lern- und Lehrmittel kostenlos zur Verfügung gestellt. Kein Kind darf aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen werden.

Zur Förderung der Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten werden die bestehenden Hilfsangebote durch Schulsozialarbeit, Therapieangebote und Erziehungsberatung erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut. Wo nötig, wird das Programm OGS plus weiter entwickelt und finanziell besser ausgestattet soweit es in kommunaler Hand liegt. Zudem setzen wir uns beim Land für eine bessere Ausstattung ein. Wir unterstützen alle Schulformen, in denen länger gemeinsam gelernt werden kann und Kinder nicht bereits mit 9 Jahren auf Haupt-, Realschule und Gymnasium verteilt werden. Wir unterstützen deshalb alle Gesamt- und Sekundarschulen in Bonn und achten auf eine Deckung des Platzbedarfs.

Bonn 2014 bis 2020...

Wir müssen den Sprachunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund ebenso wie ihren muttersprachlichen Unterricht weiter fördern, um ihre sprachliche Grundkompetenz zu stärken. Daher setzen wir uns beim Land für den Erhalt und Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts ein. Darüber hinaus ist uns besonders wichtig, auch den Müttern, wie zum Beispiel beim Rucksackprojekt, das Erlernen und Einüben der deutschen Sprache zu ermöglichen.



Ab August 2014 gibt es einen Rechtsanspruch für Inklusion in der Schule. Wir setzen uns für eine Schulentwicklungsplanung ein, die eine entsprechende inklusive Primar- und Sekundarstufe in allen Stadtbezirken er-

möglicht und zu einem abgestimmten Konzept mit der Jugendhilfe führt. Dabei wollen wir die Bonner Förderschulen bedarfsgerecht zum Wohl der betroffenen Kinder erhalten.

Unsere Berufsschulen leisten bereits jetzt ausgezeichnete Arbeit. Doch sie verdienen mehr Unterstützung, ob im dualen System, bei der Vermittlung allgemeiner Abschlüsse, bei der Fort- und Weiterbildung bis hin zu Eingliederungsmaßnahmen für Schulabbrecherinnen und -abbrecher. Bestehende Modellprojekte sollen weiter entwickelt und die erfolgreichen Instrumente der Jugendberufshilfe weiter gestärkt werden.

Betreuung und Bildung

Die umfassende und nachhaltige Sanierung unserer Schulgebäude, insbesondere die Toilettensanierung, muss schnell vorangebracht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jeder Stadtteil mindestens je eine barrierefreie Grund- und weiterführende Schule haben soll.

Die OGS-Plätze an den Grundschulen werden wir weiter ergänzen. Es ist uns wichtig, dass die Qualität der Betreuung erhalten bleibt bzw. verbessert wird. Hier müssen besondere Anstrengungen unternommen und Geldmittel eingesetzt werden, um auch den Kindern im „gemeinsamen Unterricht“ eine Betreuung in der OGS zu ermöglichen. Daher muss die personelle Ausstattung grundsätzlich Vorrang vor baulichen Maßnahmen haben. Der Zuschuss der Stadt Bonn für die OGS-Finanzierung darf nicht gekürzt und muss den Tarifierhöhungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angepasst werden.

Die Ganztagsbetreuung an weiterführenden Schulen wird in der Sekundarstufe I erweitert. Besonders unterstützen wir Schulen, die sich in Ganztagschulen (gebundener Ganztag) umwandeln. Wir werden uns für ihre zusätzliche personelle Ausstattung beim Land NRW einsetzen.

Nicht nur in der Primarstufe, auch an weiterführenden Schulen müssen die Kinder eine ausreichende Mittagspause und eine gesunde Mittagsmahlzeit erhalten. Dafür sollten den Kindern adäquate Essensräumen zur Verfügung stehen. Die pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen dabei von Küchenpersonal unterstützt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Offene Ganztagschule (OGS) im Nachmittagsbereich weiterhin auf die bewährte Zusammenarbeit mit Initiativen und Vereinen aus dem Bereich der Jugendhilfe, des Sports und der Kultur zurückgreifen kann. Auch Kindergärten und Schulen sollten verstärkt mit diesen Organisationen, zum Beispiel Musikschulen, Museen, Universität, Vereinen etc. kooperieren und ihre Bildungs- und Freizeitangebote vernetzen.

Der Übergang von weiterführenden Schulen und Berufsschulen zu Ausbildung und Berufstätigkeit muss durch eine stärkere Vernetzung und Kooperation der Bildungslandschaften verbessert werden.

Wirtschaft und Arbeit

Bonn hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer Stadt mit zahlreichen überörtlichen Behörden und Verwaltungsorganisationen zu einem wichtigen Dienstleistungszentrum entwickelt, insbesondere im Logistik- und Telekommunikationsbereich. Daneben gibt es weltweit handelnde Produktionsbetriebe. Diese Wirtschaftsbereiche müssen wir fortentwickeln. Bonn muss aber auch Standort für Handwerksbetriebe und kleinere Dienstleister sein und bleiben. Für alle Bereiche gilt jedoch: Viele gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind wichtig und ein zentrales Ziel kommunaler Wirtschaftspolitik.

Etwa ein Drittel der Bonner Arbeitsplätze wird durch wenige große Arbeitgeber gestellt, den größten Teil der Arbeitsplätze sichern allerdings kleine und mittelständische Unternehmen, denen die besondere Aufmerksamkeit der Bonner Wirtschaftsförderung gelten muss.

Über 90 % der Arbeitsplätze in Bonn sind im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Vielfalt sichert Arbeitsplätze. Daher müssen die Arbeitsplätze in Gewerbe und Handwerk erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Leerflächen wie der „Schlachthof“ im Bonner Westen müssen auch Gewerbe und Handwerk angeboten werden.

Die Universität ist ein besonders wichtiger Arbeit- und Impulsgeber für Bonn und die Region. Wir werden weiterhin Ausgründungen von Unternehmen aus Aktivitäten der Universität und anderen Forschungseinrichtungen unterstüt-

zen. Dafür unterstützen wir auch die Gründung eines „Hauses der Innovation“ als zentrale Anlauf- und Förderstelle für innovative Unternehmen.

Der Einzelhandelsstandort Bonn muss dringend weiterentwickelt werden. Der neue Sparkassenbau mit Einzelhandel am Friedensplatz ist ein Beispiel und ein erster Schritt. Wir brauchen mehr davon. Wir wollen Bahnhofsnordfeld und Viktoriakarree zügig entwickeln.

Bonn: Kongressstadt und Tourismusmagnet

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Bonn hat mit seiner Geschichte, seinen historischen Bauten im Zentrum und in den Bezirken sowie seinen vielfältigen Kulturangeboten gute Voraussetzungen für den Städtetourismus. Die schöne Umgebung am Eingang zum „romantischen Rhein“ zieht viele Gäste an. Städte- und Kongresstourismus werden wir fördern und unterstützen, wie zum Beispiel auch die im „Masterplan Innere Stadt“ aufgestellte Forderung, die Stadt mehr zum Rhein hin zu öffnen.

Wir wollen Bonn als Kongressstandort der Vereinten Nationen für Nachhaltigkeit und als nachhaltige Stadt ausbauen. Das Projekt „Sustainable Bonn“ bündelt dabei die Bemühungen der entsprechenden Unternehmen in der Region, Bonn als Konferenzort für „Nachhaltigkeit“ auszubauen. Dafür setzen wir auf die Zusammenarbeit von Bund und Land, Stadt und Region sowie Wirtschaft und Wissenschaft.

Vorbildliche Verwaltung

Die Verwaltung der Stadt Bonn muss ein Vorbild für gute Arbeitsplätze bleiben. Gleichzeitig erwarten Bürgerinnen und Bürgern gute Leistungen von ihrer Verwaltung. Die Sparzwänge dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Qualität von Arbeitsplätzen oder zu schlechterem Service führen. Um eine ausgewogenen Altersstruktur zu erhalten, muss auf eine verantwortungsvolle Ausbildungspolitik und die damit verbundenen Chancen für junge Menschen geachtet werden. Wir fordern die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren und eine Geschlechterquote für Führungspositionen in städtischen Verwaltungen und Unternehmen.

Die externe Vergabe von Leistungen, die die Stadtverwaltung selbst erbringen könnte, muss Ausnahme bleiben. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss auf die Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs geachtet werden, aber auch auf gesellschaftliche Kriterien. Das heißt: Die Verträge müssen sozialverträglich, umweltverträglich, energieeffizient, gleichstellungs- und integrationsfördernd ausgestaltet werden. Die Möglichkeiten des Tariftreue- und Vergabegesetzes sind hierfür zu nutzen. Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen grundsätzlich durch die Stadt Bonn und ihre Unternehmen selbst erbracht werden.

Gute Arbeitsplätze muss es auch für Menschen mit Behinderungen geben. Wir unterstützen daher ein Koordinations- und Leitungsgremium, das alle Aktivitäten zur Schaffung

und Verbesserung solcher Arbeitsplätze koordiniert. Unternehmen, die das Konzept von Integrationsbetrieben realisieren, sollen besonders gefördert werden.

Das kommunale Bündnis für Fachkräfte Bonn/Rhein-Sieg für Gute Arbeit und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen wird weiter unterstützt.

Wir wollen Beschäftigte und Unternehmen sowie deren Interessensvertretungen an der Umsetzung von kommunalpolitischen Aufgaben und Herausforderungen beteiligen. Betriebsräte-Konferenzen organisiert durch die Stadt Bonn zu aktuellen Planungen sind dafür ein wichtiges Instrument ebenso wie der regelmäßige Austausch mit den Gewerkschaften sowie mit IHK, Handwerkskammer und Arbeitgeberverbänden in Bonn.

Beethoven 2020 in Bonn

Der 250. Geburtstag des berühmtesten Bonners, Ludwig van Beethoven, wird in Bonn das zentrale kulturelle Ereignis der kommenden Jahre und darüber hinaus sein.

Bonn wird dabei die auch von der Bundesregierung festgestellte nationale Aufgabe übernehmen und an vorderster Stelle im Mittelpunkt der Feierlichkeiten stehen. Die Planungen für das Jubiläumsjahr müssen von Bonn aus organisiert werden. Dazu muss die Verwaltung eine Projektgruppe „Beethoven 2020“ einrichten. Dabei kommt der Förderung der Musik für die Beethovenstadt Bonn eine zentrale Aufgabe zu. Das jährliche Beethovenfest zieht viele Touristen nach Bonn. Das Beethovenorchester ist unser kultureller Botschafter. Wir wollen das Niveau des Beethovenfestes auf Dauer halten und verbessern.

Ein privat errichtetes Festspielhaus mit einem modernen Anforderungen genügenden Konzertsaal als Aufführungsort ist dafür auf Dauer unerlässlich. Daher begrüßen wir die vielfältigen privaten Anstrengungen zur Errichtung eines Festspielhauses für Bonn. Die wirtschaftlich und auch touristisch bedeutenden Effekte, die durch eine attraktive Spielstätte für alle Arten musikalischer Aufführungen geschaffen werden sollen, wird die Bedeutung Bonns als Beethovenstadt zusätzlich betonen. Die als Mehrzweckhalle konzipierte denkmalgeschützte Beethovenhalle soll im nötigen Maße saniert werden. Mit dem Beethovenhaus verfügt Bonn über eine Begegnungsstätte, die für die Kammermusik und für

die Musikwissenschaft von großer Bedeutung ist. Dieses Erbe wollen wir weiter unterstützen und im Hinblick auf das Jahr 2020 mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit holen. Beethoven 2020 muss für die gesamte Kulturszene in Bonn als Chance gesehen und genutzt werden.

Kulturelle Vielfalt, Standortfaktor und Integrationstreiber

In Bonn gibt es vielfältige Kultureinrichtungen: staatliche und städtische ebenso wie erfolgreiche private. Viele Einrichtungen haben eigene pädagogische Angebote. Wir unterstützen die kulturellen Träger der Weiterbildung und Daseinsvorsorge, unter anderem die städtische Volkshochschule, die Musikschule und die Stadtbibliothek, genauso wie die Einrichtungen der Erinnerungskultur in unserer Stadt. Daher setzen wir uns weiter für eine gemeinsame Unterbringung von Stadtarchiv, Stadtmuseum und Gedenkstätte an einem zentralen Ort ein.

Die kulturelle Vielfalt bereichert Bonn und seine Menschen. Gleichzeitig ist dieses Angebot ein wichtiger Standortfaktor für den Erhalt und die Neuansiedlung von Wirtschaftsunternehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, das Angebot zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei setzen wir verstärkt auf Zusammenarbeit. Es ist unser Ziel, mit diesen vielfältigen Angeboten Kultur für alle zu fördern.

Zusammenarbeit

Für die kulturelle Vielfalt Bonns sind eigene städtische Kultureinrichtungen unverzichtbar. Sie bieten gesicherte gute

Arbeitsplätze, nicht nur für KünstlerInnen und Künstler, sondern auch für zahlreiche weitere MitarbeiterInnen und Mitarbeiter. Diese Einrichtungen werden wir daher auf Dauer sichern. Angesichts der knappen Haushaltsmittel sind aber Einsparungen auch hier nicht zu vermeiden. Die Zusammenarbeit mit anderen städtischen oder frei finanzierten Einrichtungen in- und außerhalb Bonns kann gleichzeitig Kosten sparen und neue Impulse für die künstlerische Arbeit setzen. Auch die Veränderung von Betriebsformen etwa für die Bühnenwerkstätten werden wir prüfen.

Bonns kulturelle Szene spiegelt die gewachsene Stadtstruktur wider. Mit der Kulturmeile in Eendenich, etlichen Einrichtungen im Kern von Beuel und im Beueler Gewerbegebiet, in Bad Godesberg und im Stadtbezirk Hardtberg haben sich eigenständige Kulturorte über viele Jahre etabliert. Diese Struktur ist ein besonderes Merkmal Bonns. Sie muss erhalten und weiterentwickelt werden.

Stadtteilbibliotheken sind zentrale Anlauforte für alle, vor allem, wenn sie mit nicht städtischen Einrichtungen kooperieren. Neben der Museumsmeile werden wir auch die Entwicklung der Museen und Galerien im Macke-Viertel und der Nordstadt fördern – Initiativen in anderen Stadtbezirken begrüßen wir. Wir sprechen uns für die Einrichtung eines gemeinsamen Marketing-Topfes und die Einsetzung zentraler Ansprechpartner bei der Stadt aus.

Weiterbildung

Gerade in der Kultur kann Bonn von der großen Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner unterschiedlicher Herkunft profitieren. Es müssen aber wirklich alle Menschen erreicht werden. Dabei kommt der Weiterbildung eine besonders wichtige Rolle zu. Sie kann auch Gruppen ansprechen, die von anderen Angeboten nicht erreicht werden. Weiterbildung ist nicht ans Alter gebunden und darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Das Angebot der Volkshochschule muss im Haus der Bildung gemeinsam mit dem der Stadtbibliothek zum kommunalen Kompetenzzentrum für Weiterbildung ausgebaut werden. Gleichzeitig müssen örtliche Angebote der VHS und die Stadtteilbibliotheken erhalten bleiben und zeitgemäß gestaltet werden.

Niederschwellige Angebote, zum Beispiel Sprach- und Alphabetisierungskurse, müssen weiter gefördert werden, auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern. Private Initiativen können viel dazu beitragen.

Musik- und Tanzveranstaltungen / Open Air / Brauchtumspflege

Dezentrale Angebote in den Stadtteilen sind wichtig. Die Schwierigkeiten, geeignete Räumlichkeiten für die Durchführung von Musik- und Tanzveranstaltungen zu finden, werden wir überwinden. Hierzu benötigen wir ein umfangreiches Hallenkonzept, das die Nutzungsmöglichkeiten der

vorhandenen städtischen und privaten Hallen und Aufführungsräumen analysiert und darstellt. Die Fläche für Open Air-Konzerte in der Rheinaue werden wir erhalten und sichern.

Insgesamt wollen wir Planungs- und Rechtssicherheit für Groß- und Kulturveranstaltungen schaffen, wie etwa für die Klangwelle. Aber auch Brauchtumpflege gehört zu Bonn: Karneval, Schützen- und Weinfeste, Kirmes und Pützchens Markt müssen gepflegt und dürfen nicht durch Einzelne verhindert werden.

Klima und Umwelt schützen – Lebensqualität bewahren

Der Schutz des Klimas ist mit zum Leitbild unseres kommunalpolitischen Handelns geworden. Nur durch die konsequente Senkung der Emission von CO₂ und anderen Treibhausgasen kann die Klimaerwärmung abgemildert und eine Klimakatastrophe verhindert werden. Dazu ist es vor allem notwendig, dass wir unseren Verbrauch fossiler Energien drastisch reduzieren. Es ist unumstritten, dass auch auf kommunaler Ebene wichtige Weichenstellungen für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik geschaffen werden können. Die Energiepreise müssen dabei für alle Haushalte tragbar sein.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, die die Einsparung von Energie fördern, die Energieeffizienz steigern und die Nutzung erneuerbarer Energien ausweiten. Wichtiger Partner bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sind die Stadtwerke Bonn. Sie müssen daher auch zukünftig in städtischer Hand verbleiben.

Die Energie-Effizienz-Beratung in Kooperation zwischen Verbraucherberatung und den Stadtwerken Bonn (SWB) soll ausgebaut werden. Auch in allen anderen Fragen der Energieeinsparung wollen wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Bemühen um den Klimaschutz beraten.

Die gute Arbeit der Bonner Energie Agentur muss fortgesetzt werden. Der Aufbau eines Kompetenznetzwerks zum klimagerechten, energieeffizienten Bauen, bestehend aus den relevanten Handwerksbetrieben, Architekturbüros und

Handwerkskammern der Region, sowie den Experten aus Politik und Verwaltung muss weiter verfolgt werden.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung der Stadtwerke ist weiter zu erhöhen, verbunden mit einer Reduktion des Anteils von Atomstrom auf null.

Der Ausbau von lokalen und regionalen Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder die Beteiligung daran muss durch Bürgerbeteiligungs- oder Genossenschaftsmodelle verstärkt werden.

Wir setzen uns ein für den Ausbau des Fernwärmenetzes, der Mini- und Blockheizkraftwerke, der Biomassenutzung, von Fotovoltaikanlagen und anderer neuer umweltverträglicher Energiegewinnungsmethoden.

Öffentliche Gebäude sollen mit Naturstrom versorgt und mit Solarkollektoren für die Warmwasserversorgung ausgestattet werden. Die Stadt Bonn soll auch den Bau von Bürger-Solaranlagen auf allen dafür geeigneten Dächern öffentlicher Gebäude (Schulen, Kindertageseinrichtungen, Schwimmbädern usw.) ermöglichen.

Wenn städtische Grundstücke zu Wohnungsbauzwecken verkauft werden, muss dieser Verkauf mit Auflagen für die Errichtung der Wohngebäude verbunden sein.

Wir werden Modellwohngebiete für Null-/Niedrigenergiehäuser ausweisen und darüber hinaus Dachbegrünung fördern.

Der Erhalt und die Pflege von Grünflächen, Bäumen und Freiflächen, die im Stadtgebiet als Kaltluftinseln wirken und zu seiner Durchlüftung beitragen, sind wichtig.

Die SPD lehnt eine weitere Bebauung des „Meißdorfer Feldes“ sowie des „Lausackers“ ab.

Wir fordern den Schienenanschluss der Müllverwertungsanlage, der seit mehreren Jahren diskutiert wird.

Mobilität

Wir streben eine ökologische und nachhaltige Mobilität in Bonn an. Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir sehen aber auch die effektivste Form der kommunalen Umweltpolitik in der Verringerung des motorisierten Individualverkehrs und im Ausbau des Öffentlichen Personen-Nah-Verkehrs (ÖPNV).

In Bonn leben mehr als 300.000 Menschen. Daher pendeln viele Menschen zur Arbeit in unsere Stadt. Unser Ziel ist es, das Verkehrsaufkommen klimaschonend zu steuern. Neben Radstationen an allen wichtigen Verknüpfungspunkten des ÖPNV müssen auch genügend Parkflächen für Carsharing geschaffen werden. Wir werden den Umweltverbund aus Fußgänger-, Fahrrad- sowie Bus- und Bahnverkehr noch stärker fördern.

Wir wollen mit vielfältigen Maßnahmen die Attraktivität und Sicherheit des Radfahrens in Bonn steigern. Dazu sollen u.a. das vom Rat beschlossene Fahrradstraßenkonzept zügig umgesetzt, die Verkehrsführung für Radfahrerinnen und

Radfahrer weiter verbessert und ausreichende Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Dabei sind uns gut ausgebauten Straßen, auf denen sich die Radfahrerinnen und Radfahrer bequem und sicher fortbewegen können, wichtiger als der Titel „Fahrradhauptstadt“.

Wir setzen uns für die Qualitätsverbesserung des ÖPNV, z.B. durch die Einführung von Vorrangschaltungen und verbesserte Pünktlichkeit sowie den Ausbau der schienengebundenen Verkehrswege ein. Wir werden rechtzeitig planen, wie der vermehrten Nachfrage bei Bus und Bahn Rechnung getragen werden kann, zum Beispiel durch noch kürzere Taktung.

Einem Ausbau des Straßenbahnnetzes stehen wir deshalb grundsätzlich positiv gegenüber. Insbesondere der Nachtverkehr am Wochenende muss ausgebaut werden. Eine neue Straßenbahnverbindung aus der Bonner City in den Westen der Stadt, die den Stadtbezirk Hardtberg einschließt, ist dringend notwendig.

Der Bau von Kreisverkehren muss fortgesetzt werden.

Unser schöner Rhein soll als innerstädtischer Verkehrsweg erhalten werden, dazu gehört der Betrieb der Autoschnellfähre. Die Einrichtung einer Wassertaxilinie soll geprüft werden.

Wir unterstützen den weiteren Umstieg des städtischen Fuhrparks von Fahrzeugen mit konventionellem Antrieb auf Elektroantrieb.

Menschen mit Behinderung müssen wie alle anderen in der Lage sein, den ÖPNV selbstbestimmt zu nutzen. Ein barrierefreier ÖPNV muss auch die Anforderungen der älteren Menschen im ÖPNV berücksichtigen. Er bedeutet gleichzeitig für alle ein Plus an Komfort und für Personen, die mit Kinderwagen unterwegs sind, eine echte Erleichterung. Die Barrierefreiheit im ÖPNV muss daher weiter ausgebaut werden: z.B. werden wir den barrierefreien Ausbau von Haltestellen weiter vorantreiben und auch die letzten Busse müssen wir mit Neigetechnik und ausklappbaren Rampen ausstatten.

Die gemeinsame Nutzung der Verkehrsflächen muss ausgebaut, an vielbefahrenen Straßen die Wartezeiten an Fußgängerampeln verkürzt und die Dichte an Zebrastreifen flächendeckend erhöht werden.

Wir fordern, dass bei allen Neubenennungen von Straßen und Plätzen in Bonn Frauen bevorzugt berücksichtigt werden und verfolgen das Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses von zwischen nach Männern und Frauen benannten Straßen.

Wir fordern die rasche Umsetzung der S 13 mit der Anbindung an den Flughafen. Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner muss gewährleistet werden.

Wir setzen uns für eine Verdichtung der DB-Netze in Richtung Köln, das Ahrtal, Koblenz und Euskirchen ein. Die Realisierungsmöglichkeiten für eine Seilbahn auf den Venusberg müssen schnellstmöglich geprüft werden.

Wir fordern die Stadtverwaltung und die Deutsche Bahn AG auf, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den Planungen zum Bau der S 13 und dem Erhalt des bisherigen Beueler Güterbahnhofs zu suchen und zu finden. Hierbei darf es keine zeitliche Verzögerung des S 13-Anschlusses an das Beueler Zentrum und später Oberkassel geben.

Im Bonner Norden fordern wir den Erhalt der Schienestrecke der Häfen und Güterverkehr Köln (HGK) von Bornheim-Hersel nach Bonn-Bendenfeld (Tannenbusch/Dransdorf) und des Anschlussgleises nach Buschdorf. Dies ist für die Ziele des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) von strategischer Bedeutung.

Wir fordern von der DB den weiteren Ausbau und Neubau von Unterführungen unter der die Stadt durchquerenden Bahntrasse, insbesondere auch für RadfahrerInnen und FußgängerInnen.

Wissenschaft und Forschung bilden eine starke Säule unserer Stadt. Die Studierenden und die Beschäftigten an Universität und anderen Hochschulen, an den verschiedenen Forschungseinrichtungen und den Mittler- und Förderorganisationen der Wissenschaft tragen und prägen unsere Wissenschaftsregion. Um die vorhandenen Potenziale zielgerichteter zu nutzen, wollen wir einen noch intensiveren Austausch zwischen allen Wissenschaftseinrichtungen, der Stadt und der Bevölkerung unterstützen. Die Leistungen der Universität Bonn und der Wissenschaftsorganisationen in Bonn wollen wir für die Öffentlichkeit sichtbar werden lassen und das Profil Bonns als Wissenschafts- und Forschungsstadt schärfen. Die Erweiterungspläne der Universität wie auch anderer Forschungseinrichtungen wollen wir unterstützen, exemplarisch dafür stehen der Campus Poppelsdorf oder die Erweiterung des Museums König.

Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft werden wir weiter vorantreiben. Vernetzung und Beratung von Forscherinnen und Forschern, die beispielweise den Weg in die berufliche Selbstständigkeit suchen, unterstützen wir und fördern deren Dialog mit relevanten Akteuren vor Ort (IHK, Handwerkskammer, städtische Wirtschaftsförderung).

Studieren in Bonn muss attraktiv bleiben. Die Stadt soll allen Studierenden größtmögliche Lebensqualität bieten: Dazu zählen bezahlbares Wohnen und bedarfsgerechte Mobilität. Im Sinne der Maßstäbe der „Guten Arbeit“ unterstützen wir faire studienbegleitende und berufsvorbereitende Praktika. Für die Zukunft erfolgreicher Hochschulabsolventinnen und

–absolventen fordern wir, dass Stadtverwaltung, öffentliche Unternehmen und auch die Agentur für Arbeit sämtliche Möglichkeiten nutzen, ihnen berufliche Perspektiven in Stadt und Region aufzuzeigen.

Wir wollen Bonn als Gesundheits- und Präventionsstandort ausbauen. Dazu wollen wir die gute Gesundheitsinfrastruktur nutzen und präventive Maßnahmen stärken. Wir setzen dabei zum Beispiel weiterhin auf eine intensive Gesundheitsprävention in Kindergärten und Schulen und in der Sicherung einer täglichen warmen Mahlzeit für alle Kinder und Jugendlichen.

Lärmprävention ist Gesundheitsprävention! Vor allem Menschen mit geringem Einkommen sind in preisgünstigen Wohnräumen von Verkehrslärm betroffen. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen zur Feststellung und Reduzierung von Lärmquellen. In Bereichen, die in Landes-, Bundes oder sogar internationale Zuständigkeit fallen wie die Bundesbahn oder der Rhein als Verkehrsstraße, drängen wir auf verantwortliches Handeln dieser Ebenen. Zur Lärmreduzierung im Bereich der Autobahnen fordern wir die Durchsetzung von nächtlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen und die Errichtung von modernen Lärmschutzwänden in Bonn. In kommunaler Verantwortung wollen wir zur Verkehrslärmreduzierung eine geeignete Mischung verschiedener Maßnahmen einsetzen, so zum Beispiel die Sanierung schadhafter Fahrbahnen soweit möglich und sinnvoll unter Verwendung lärmarmen Straßenbeläge. Bei Neuanschaffungen und Erneuerung von Fahrzeugen für den Bereich der Straßen- und Stadtbahn müssen besonders lärmarme Technologien bevorzugt werden. Im Bereich des Schienenlärms unterstützen und fordern wir insbesondere Investitionen in innovative Technologien (zum Beispiel lärmarme Güterwagen, Flüster-

bremsen, Minischallschutzwände), um die in den letzten Jahren erreichten ersten Lärmschutzmaßnahmen zu ergänzen.

Hilfe in der Sucht

Soziale Benachteiligung und gesundheitliche Belastungen bedingen sich oft gegenseitig. Insbesondere suchtmittelabhängige Menschen benötigen Unterstützung. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zum breiten Drogensubstitutionsangebot in unserer Stadt ebenso wie zum Diamorphinprogramm. Träger der Suchthilfe werden von uns ebenso unvermindert unterstützt wie die Träger der HIV-Prävention und der AIDS-Arbeit. Dazu gehört die Einführung von HIV-Schnelltests, die vom Gesundheitsamt durchgehend angeboten werden sollen. Allen Suchtkranken soll, unabhängig vom Wohnort geholfen werden. Das kann die Stadt Bonn nicht alleine leisten. Unsere Nachbarkommunen stehen daher in der Pflicht.

Inklusion und Teilhabe

Mit dem behindertenpolitischen Teilhabeplan der Stadt Bonn hat sich unser Gemeinwesen die Aufgabe gestellt, Bonn zur inklusiven Stadt zu machen. Dabei scheitert die Teilhabe für Menschen mit Behinderung durch das stark gegliederte Sozialleistungssystem häufig schon an der Wahrnehmung ihrer Rechte. Der behindertenpolitische Teilhabeplan sieht daher in seinen Empfehlungen und Maßnahmen vor, dass die vielfach vorhandenen Angebote besser miteinander verzahnt werden. Die Behindertengemein-

schaft Bonn ist als Behindertenbeauftragte der Stadt personell in die Lage zu versetzen, die an diversen Stellen vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote vernetzen zu können.

Das Amt Soziales und Wohnen, in dem die Koordinationsstelle Inklusion angesiedelt ist, wird personell so ausgestattet, dass die Umsetzung des behindertenpolitischen Teilhabeplanes der Stadt Bonn zügig vorangetrieben werden kann. Die barrierefreie Zugänglichkeit des Amts für Schwerbehindertenangelegenheiten wird im Sinne der Inklusion optimiert (z.B. elektrische Türöffner, leichtere Zugänglichkeit des Aufzugs, usw.). Barrierefreie und bezahlbare Begegnungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen müssen wieder zunehmen.

Wir fordern einen Bedarfsplan für Seniorinnen und Senioren, der jährlich vorgelegt wird. In ihm müssen Aussagen zum Angebot und Nachfrage von Seniorenheimplätzen, unter besonderer Berücksichtigung der Senioren mit Pflegestufe I bis III enthalten sein. Senioreneinrichtungen dürfen kein Spielball wirtschaftlicher Interessen der Betreiber sein. Wohnortnahe Einrichtungen für ältere Menschen sollen weiterhin gefördert werden.

Sport ist für uns die Möglichkeit, sich körperlich zu betätigen und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. Der Sport überwindet Grenzen zwischen den Generationen und Geschlechtern, den Kulturen und Weltanschauungen. Sport überwindet die sozialen Unterschiede. Damit der Sport in Bonn diese Funktionen weiter erfüllen kann, sehen wir folgende Punkte als notwendig an:

Sportvereine

Die Sportvereine sind als Grundlage einer funktionierenden Sportstruktur in Bonn zu unterstützen. Zu diesem Zweck wollen wir den mit den neuen Sportförderrichtlinien eingeschlagenen Weg zu einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Sportvereine fortsetzen, um den Vereinen zu helfen und Planungssicherheit für sie herzustellen. Dabei ist uns bewusst, dass sowohl Amateur- als auch Leistungs- und Spitzensport auf gute Rahmenbedingungen angewiesen sind. Die Spitze lebt aus der Breite. Den Stadtsportbund (SSB) als Dachverband der Sportvereine werden wir finanziell so ausstatten, dass er seine Aufgaben und Ziele angemessen verfolgen kann. Dabei unterstützen wir insbesondere die Anstrengungen des SSB zur Entwicklung und Umsetzung einer „Vision 2030“ und Etablierung eines „Haus des Sports“.

Die Arbeit der Vereine braucht auch geeignete bauliche Rahmenbedingungen. Wir wollen auf der Grundlage eines Sportstättenkatasters eine Sportstättenleitplanung entwickeln, um die Infrastruktur der Bonner Sportstätten kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört neben der Sanierung

bestehender Tennenplätze und Sporthallen auch die weitere Ausstattung Bonner Sportplätze mit Kunstrasenbelag gemäß einer Prioritätenliste. Aber auch die Infrastruktur (Umkleiden, Vereinsheime als soziale Treffpunkte etc.) darf allein aus hygienischen Gründen nicht zu kurz kommen.

Eine Sportstätten-Nutzungsgebühr lehnen wir ab.

Wir respektieren das eigenverantwortliche Engagement, das den Bonner Sport, seine Vereine und den Stadtsportbund auszeichnet. Mit Sorge haben wir in den vergangenen Jahren zur Kenntnis genommen, dass die Stadtverwaltung Angebote, zum Beispiel bei der Übernahme von Sportstätten und der Sanierung von Sportanlagen, ausgeschlagen hat. Wir werden daher für verlässliche Rahmenbedingungen, geordnete Verfahren und eine „Kultur der Anerkennung“ bei der Unterstützung dieses Engagements eintreten.

Miteinander umgehen

Das „Voneinander lernen“ und „Miteinander umgehen“ im Kinder- und Jugendsport ist wichtig für die Entwicklung sozialer Kompetenz junger aber auch erwachsener Menschen. Projekte von Sportvereinen zu Toleranz und Vielfalt werden daher von uns besonders unterstützt. Zudem muss es zwischen Sportvereinen, Schulen und Trägern der offenen Jugendarbeit eine Kooperation auf Augenhöhe geben. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, die unter anderem der Sport schaffen kann.

Im Bonner Sport gibt es viele Fachleute – wir wollen einen regelmäßigen Austausch zwischen Politik und diesen Fachleuten, um Sportpolitik mit Bonner Bürgern zu machen. Der Pakt für den Sport muss wiederbelebt und ernsthaft umgesetzt werden.

Bäder

Schwimmen ist für alle Bevölkerungsgruppen wichtig. Schwimmen ist gesund, entspannt, hält im Alter fit, ist für sportliche Betätigung geeignet und ist lebensrettend.

Unser Ziel ist, dass alle Bonner Grundschüler schwimmen können! Wir wollen die Hallen- und Freibäder in Bonn erhalten und keine weiteren Gelder für neue Gutachten ausgeben. Wir wollen Gelder durch eine zu gründende Bäder-GmbH



freimachen, sparsam wirtschaften und gezielt sanieren. Schließungen stehen deshalb nicht am Anfang, sondern allenfalls am Ende aller politischen Überlegungen.

Wir setzen uns für eine ständige Jugendbeteiligung ein, die parallel zu den bereits vorliegenden projektbezogenen Beteiligungsformen aufgebaut und bei den Entscheidungen des Rates und der Fachausschüsse mitwirken soll. Wir wollen, dass für alle Projekte zur Jugendbeteiligung die notwendigen finanziellen Mittel im kommunalen Haushalt bereitgestellt werden.

Wir fordern die Aufwertung der städtischen Kinder- und Jugendbeauftragten. Vergleichbar mit der Gleichstellungsbeauftragten soll sie weisungsunabhängig die Interessen der jungen Menschen innerhalb der Verwaltung vertreten.

Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein in unserer Bildungslandschaft. Freie Träger spielen hier eine unverzichtbare Rolle. Ihr vielfältiges Angebot wollen wir erhalten und stärken.



Zentraler Schlüssel dabei ist für uns eine sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung, die sich am Bedarf der Jugendlichen ausrichtet. Wir wollen die Jugendzentren

in Bonn erhalten und die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, sie zu renovieren und weiterzuentwickeln. Sie müssen sich mit veränderten Öffnungszeiten und Angeboten an die sich wandelnden Bedürfnisse der Jugendlichen anpassen.

Auch die selbstverantwortete und selbstorganisierte Arbeit der Jugendverbände wollen wir nicht nur institutionell weiter fördern. Initiativen und Vereine, die im Bereich der Jugendkultur und Jugendmedienarbeit arbeiten, wollen wir unterstützen.

Wir wollen Spielplätze erhalten und Stück für Stück sanieren. Wir setzen auf eine Spielplatzbedarfsplanung, die die Bedarfe von Eltern, Kindern aber auch von älteren Jugendlichen nach Orten und Plätzen in der Stadt berücksichtigt. Dazu gehört insbesondere die Berücksichtigung von witterungskonformen Spielgeräten, die sowohl im heißen Sommer als auch in der kalten Jahreszeit attraktiv sind.

Gesellschaftliches Engagement ist für unser Zusammenleben wichtig. Es ist geprägt durch Hilfe, Verständnis, Respekt und Akzeptanz. Im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements erlernte Fähigkeiten werden immer wichtiger. Ehrenamt entlastet auch den städtischen Haushalt. Vor allem wird durch das Miteinander das Leben in Bonn attraktiv und angenehm. Es sind nicht nur Einzelpersonen und deren Familien gefragt. Auch UnternehmerInnen, VermieterInnen, Dienstleister, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Vorgesetzte und der KollegInnenkreis müssen sich aktiv am Erhalt und der Förderung des Ehrenamtes und der Vereins-Kultur zu beteiligen.

Die meisten Akteure, Vereine und Organisationen, die schon jetzt ehrenamtlich und uneigennützig für unsere Bonner Gesellschaft arbeiten, haben Nachwuchsprobleme, kämpfen mit bürokratischen und organisatorischen Hürden und stoßen oft an finanzielle Grenzen, die keine Gestaltungsspielräume mehr zulassen. Es gilt, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und bürgerschaftlichem/ehrenamtlichem Engagement zu fördern.

Besonders anschaulich wird die Bedeutung des Ehrenamtes im Bereich der zivilen Gefahrenabwehr und -vorbeugung. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Großschadenslagen, wie sie etwa durch Waldbrände, Hochwasser, Zugunglücke oder Chemieunfälle entstehen können. Gerade die kleineren „Katastrophen“ wie Verkehrsunfälle, Wohnungsbrände, Schlaganfälle oder Herzinfarkte sind es, die alltäglich die Menschen bedrohen und bedrücken. Dafür sind wir neben

dem hauptamtlichen Bevölkerungsschutz auch auf die Unterstützung durch die Angehörigen der hier integrierten, ehrenamtlich tätigen Organisationen, angewiesen. Diese ehrenamtliche Arbeit muss attraktiv und mit den Lebenswirklichkeiten vereinbar bleiben. Dabei sind u. a. Fragestellungen des Ausbildungs- und Einsatzdienstes sowie die baulichen und technischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Auf politischer Ebene, im Stadtrat und auch in der kommunalen Verwaltung müssen entsprechende Strukturen gestärkt und Prozeduren geschaffen werden, die als Hauptaufgabe die Förderung des bürgerschaftlichen und gesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements haben.

Die Stadt hat einen Schuldenberg von etwa 1,6 Milliarden Euro und damit eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 5.200 Euro. Zu optimistische Steuerschätzungen und insbesondere von der schwarz-grünen Koalition zurückgenommene Einsparungen führten 2013 zu einem Haushalt, der zu knapp kalkuliert war. Das erfordert kurz- bis langfristige Maßnahmen, die den Haushalt nachhaltig sanieren. So wie bisher können wir in dieser Stadt nicht weiter Finanzpolitik betreiben.

Städtische Einnahmen

Wir lehnen alle Vorschläge ab, die auf eine bloße Steuererhöhung hinauslaufen. Die angespannte Lage auf dem Bonner Wohnungsmarkt darf nicht zusätzlich durch eine Erhöhung der Grundsteuer verschlechtert werden, da diese Steuererhöhung auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt würde. Zur haushaltspolitischen Wahrheit und Klarheit gehört aber auch: Die Stadt Bonn ist aus eigener Kraft nicht in der Lage, ihre für die Zukunft dringend notwendigen Aufgaben zu erfüllen und zugleich die Kreditaufnahme auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen. Vielmehr müssen Bund und Land für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen sorgen. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein. Die Einführung einer Bettensteuer wollen wir weiter prüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sparkasse KölnBonn in Zukunft einen größeren Teil ihrer Überschüsse an die Stadt Bonn als einer ihrer Träger und Eigentümer abführt.

Städtische Ausgaben

Alle Ausgaben im städtischen Haushalt müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Dabei muss auch eine Diskussion um die mögliche Änderung von Standards geführt werden. Wir wollen Investitionen fördern, mit denen nach und nach Einsparungen möglich werden. Diese Entscheidungen dürfen nicht länger vertagt werden. Zur Erhaltung unserer Zahlungsfähigkeit müssen vor allem konsumtive Ausgaben angepasst werden. Weitere Einnahmen, etwa durch sozial gestaffelte Preiserhöhungen, sind zu erzielen. Keine Einschränkungen darf es in den Bereichen Kinder und Jugend sowie Wohnen und Soziales geben. Zu geringe Ausgaben, fehlende Investitionen können die Zukunft unserer Stadt genau so gefährden wie zu hohe Verschuldung.

Alle höheren Ausgaben sind auf ihre Dringlichkeit zu prüfen, auch wenn sie schon beschlossen sind: der von CDU und Grünen vorgesehene „Luxus-Umbau“ der Beethovenhalle in Höhe von 30 Mio. Euro darf so nicht umgesetzt werden und muss auf das Nötigste reduziert werden.

Wir werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplans des Städtischen Gebäudemanagements (SGB) eine Prioritätenliste aller geplanten Maßnahmen erstellen, damit die Nutzerinnen und Nutzer der städtischen Gebäude erkennen können, wann die bei ihnen notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen vorgesehen sind. Für die Bäder wollen

wir eine wirtschaftlichere Betriebsform einführen. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in den Vereinen stärken und beim Betrieb, der Sanierung oder der Unterhaltung von Sportstätten fruchtbar machen.

Zur besseren Steuerung des Haushalts sollen Haushaltsreste nur noch in dringend notwendigen Fällen gebildet werden dürfen. Eine Übertragung der Haushaltsreste ins folgende Jahr werden wir ab einer Summe von 1 Mio. Euro erst nach Beschluss des Finanzausschusses vornehmen. Pflichtausgaben müssen möglichst effektiv und kostengünstig erfüllt werden; dazu ist das Controlling zu verstärken.

Der Ausbau und die Renovierung von Schulen hat für uns eine höhere Priorität als der Straßenausbau und der Bau von Verkehrskreiseln. Lieber kommen wir in Zeiten knapper Kassen auf schlechten Straßen in gute Schulen.

Haushalt sanieren

Haushaltsausgleich bis 2020 gemeinsam planen und umsetzen

Bei unseren Plänen zur Haushaltssanierung wollen wir stärker und vor allem effektiver als bisher Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Alternative Projekte, Einsparungs- und Investitions-Möglichkeiten sollen ab 2014 zur Diskussion und spätestens ab 2017 zur Abstimmung gestellt werden. Dabei müssen Verfahren genutzt werden, die eine breite Beteiligung aller Bonnerinnen und Bonner garantieren. Die große Kraftanstrengung, den Bonner Haushalt bis 2020 auszugleichen und sinnvoller einzusetzen, gelingt nur in einem gemeinsamen Vorgehen von Verwaltung, Politik, Verbänden, Vereinen, Institutionen, Unternehmen, Gewerkschaften und allen Bürgerinnen und Bürgern.



...gemeinsam für Bonn!

Bonn 2014 bis 2020 ...



Foto: Michael Sondermann

BONN
SPD

...gemeinsam für Bonn!

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August-Straße 64

53115 Bonn

www.spd-bonn.de